

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 11. Sitzung (Sondersitzung) des Rates findet am

Mittwoch, 12.01.2022, 16:00 Uhr,

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen
Antrag der FDP-Fraktion
4. Durchführungsbeschluss für die Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung
Siegerlandmuseum

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2021
2. VERSCHIEDENES
3. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 04.01.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung (Sondersitzung) des Rates

vom: **12.01.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **18:10 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen
Stv Becker, Melanie
Stv Bell, Achim
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Bleckmann, Lisa
Stv Böcking, Verena
Stv Boller, Joachim
Stv Christian, Thomas
Stv Cziba, Ansgar
Stv Dil, Yilmaz
Stv Eberlein, Birgit
Stv Eckhardt, Klaus
Stv Englert, Franz
Stv Grimm, Benjamin
Stv Grisse, Robert
Stv Groß, Michael
Stv Hähner, André
Stv Harnacke, Maik
Stv Heilmann, Martin
Stv Helm, Martin
Stv Heupel, Rüdiger

Vorsitzender

Stv Hof, Felix
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Jung, Angela
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Lena
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Zöller, Klaus
Stv Dr. Zybill, Christian

Als Zuhörer:

s. B. Hellwig, Raimund
s. B. Dietrich, Eric
s. B. Gieseler, André

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
VA Helmes
VA Dr. Schutz
VA A. Schneider
VA Krippendorf
StOI Pfeifer
StAR Münker

Nicht anwesend waren:

Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Ludewig, Chiara
Stv Reifenrath, Frank

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

11. Rat 12.01.2022

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

11. Rat 12.01.2022

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen

Antrag der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AT 172/2022

Vorlage Nr. AT 172/2022 A

Nach Auffassung der FDP-Fraktion gibt es nach wie vor Schülerinnen und Schüler, die von den bestehenden Angeboten nicht erreicht wurden, die mit den digitalen Geräten nicht umgehen können oder nicht in der Lage sind, Homeschooling zu betreiben, führt Herr Könen aus. Das kürzlich von der Stadt veröffentlichte Sozialmonitoring hat deutlich gemacht, in welchen Stadtteilen besondere Bedarfe bestehen. Abgesehen davon ist es in Schulen mit einer hohen Schülerfluktuation schwierig, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Dasselbe gilt für die erwachsenen Teilnehmenden an Deutschkursen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein Lockdown Lernfortschritte vernichtet. Es ist daher dringend nötig, Zusatzangebote vor allem für benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu machen. Hier sollten Schulen, Jugend- und Sozialarbeit enger zusammenarbeiten. Es müssen dringend Ideen umgesetzt werden, die die Nachteile von Schul- und Kita-Schließungen abmildern. Es wäre zum Beispiel denkbar, Lernräume mit bereitgestellten digitalen Arbeitsplätzen und personeller Unterstützung bereit zu stellen und diese Angebote auch anders zu bewerben, denn auch die Schulen haben oft Schwierigkeiten, problematische Elternhäuser zu erreichen. Hier liegt nach Auffassung der FDP-Fraktion eines der Probleme, warum alle die von der Verwaltung aufgezählten Programme von vielen Schülerinnen und Schülern nicht erreicht werden.

Unabhängig von der Zuständigkeit habe die Stadt auch eine sozialpolitische Verantwortung Familien und Kinder zu erreichen, die durch alle Raster fallen. Dies wird in den kommenden Monaten und Jahren eine Aufgabe sein müssen. Daher bittet er um ein klares Signale des Rates unabhängig von einem Lockdown. Wir sind von einer Hauptschule angesprochen worden, die genau dieses Problem haben und gebeten worden, dies vorzutragen.

Als einen weiteren Punkt spricht er das Programm „Extrazeit für schulische Bildung und Betreuung“ an, das nie richtig angezapft wurde. Vielleicht biete dieses Möglichkeiten für Personen, die in der Schule benachteiligt sind weil sie sprachlich und / oder in ihrem sozialen Umfeld nicht klarkommen.

Die CDU-Fraktion erachtet den Antrag als überflüssig und den Vorwurf der Verwaltung gegenüber nicht gerechtfertigt, entgegnet Herr Weber. Die Stadt geht einer Vielzahl von Möglichkeiten nach, die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler zu decken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht in dem Antrag keinen Vorwurf an die Verwaltung, erklärt Herr Kraft, diese ist bereits in vielen Feldern aktiv geworden, wie den Berichten im Schulausschuss zu entnehmen ist. Er versteht den Antrag eher als Ergänzung dahingehend, Informationen auch zu externen Partnern oder unterstützenden Institutionen gebündelt den Schulen zur Verfügung zu stellen. Es sind vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung vorhanden, die aber nur bedingt in den Schulen ankommen. Viele der im Antrag genannten Dinge kann die Stadt Siegen nicht selbst bereitstellen, sie sollte aber die Vermittlerrolle nutzen.

Herr Langer schließt sich seinem Vorredner an. Die Schulen sind bei der digitalen Entwicklung auf einem guten Weg, nicht aber die Schülerinnen und Schüler, die zu Hause bleiben und in einem Lockdown unterrichtsmäßig versorgt werden müssen. Daher wird die UWG-Fraktion das Anliegen und auch die Arbeit der Verwaltung unterstützen.

Herr Schmidt verweist verwaltungsseitig zunächst auf die Zuständigkeit der Fachausschüsse hin, wo permanent die entsprechenden Berichte gegeben und Fachdiskussionen geführt werden. Die Verwaltung ist ständig mit den Schulen und allen freien Trägern im Kontakt über die Förder- und sonstigen Unterstützungsprogramme. Insofern ist der Antrag an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Die darin genannten Maßnahmen sind praktisch in Teilbereichen nicht umsetzbar. Wo Einflussmöglichkeiten bestehen, werden diese auch genutzt.

Frau Schneider begrüßt die Vorschläge, die insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien wichtig sind. Als Beispiel nennt sie das Ausleihen von mobilen Endgeräten, damit alle Kinder im Fall eines Lockdowns auch an den schulischen Angeboten teilnehmen können.

Herr Schoew und Herr Könen stellen noch einmal den Handlungsbedarf besonders für Kinder in Familien, wo ein Lernen zu Hause nicht möglich ist, heraus, besonders in der Sorge, dass die Schulen aufgrund des Infektionsgeschehens wieder geschlossen werden.

Für Herrn Pfeifer ist das Anliegen verständlich und das Problem erkannt. Eine Unschärfe in der Diskussion entsteht jedoch, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen de facto von der Verwaltung nicht umgesetzt werden können. In den Fachausschüssen ist dem entgegen das Wissen um die Möglichkeiten vorhanden.

Auch Herr Wittenburg ist der Auffassung, dass die Beratung im Ausschuss für Schule und Bildung geführt werden sollte. Der Grundtenor des Problems ist durchaus richtig benannt.

Beratungsergebnis: Überweisung ohne Abstimmung in den Ausschuss für Schule und Bildung

11. Rat 12.01.2022

4. Durchführungsbeschluss für die Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum

Vorlage Nr. VL 559/2021 A

Bürgermeister Mues stellt eingangs heraus, dass aufgrund von zwei differierenden Beschlüssen zum Projekt Bunker Burgstraße eine für die Verwaltung umsetzbare Entscheidung getroffen werden sollte. Er gibt einen umfassenden Rückblick auf die Historie, beginnend im Jahr 2002 mit dem Thema „Erweiterung Siegerlandmuseum“. Seit dem Erwerb der Bunker im Jahr 2017 wurde intensiv an Konzepten gearbeitet, in welcher Weise dort eine Erweiterung und Attraktivierung des Museums realisiert werden kann. Der Grundsatzbeschluss für das Konzept und der Auftrag zur Beantragung von Fördermitteln wurden dann im Juni 2021

gefasst. Als sich herausstellte, dass das Konzept mit den Inhalten der Förderprogramme nicht in Einklang stand wurde nochmals intensiv nachgearbeitet und ein entsprechender, dahingehend konkretisierter Durchführungsbeschluss vorgeschlagen. Ob die Förderanträge positiv beschieden werden, bleibt abzuwarten. Wichtig ist es jedoch, gegenüber den Fördermittelgebern glaubwürdig zu bleiben und grundsätzlich das Vorhaben weiter zu verfolgen.

Das mehrheitliche Votum in der vergangenen Sitzung, die Entscheidung bis zur Haushaltsplanberatung zu verschieben hat in finanzieller Hinsicht keine Bedeutung für den Haushalt 2022, da die Aufwendungen für den laufenden Betrieb keinen Einfluss auf den Ergebnisplan haben und frühestens im Jahr 2026 relevant sein werden. Insofern besteht auch kein Zusammenhang, entgegen diesbezüglicher Behauptungen, mit einer etwaigen Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes.

Nach Auffassung von Herrn Groß ist die Begründung für die Einberufung der Sondersitzung konstruiert und überzeugt ihn nicht. Ungeachtet dessen ist die Vorlage aufgrund der nachgereichten Unterlagen für ihn besser nachzuvollziehen. Maßgeblich sind für ihn folgende Punkte beziehungsweise Fragen:

- Ist das Projekt inhaltlich gewollt? Ja, es leistet einen guten Beitrag zu einer positiven Entwicklung des Museums selbst und auch für die Oberstadt.
- Wie ist das Preis-Leistungs-Verhältnis? Die Aufwendungen für die Umnutzung und städtebauliche Aufwertung eines Bunker-Gebäudes sind generell nachvollziehbar.
- Können die Kosten insgesamt getragen werden? Es ist nicht entscheidend, wann die Kosten anfallen, sondern wie sie aufgebracht werden können. Dabei ist der Investitionsaufwand nicht so relevant wie die Betriebskosten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht davon überzeugt, dass diese leistbar sein werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die eigenen Ingenieurleistungen in dem erforderlichen Umfang erbracht werden können, auch vor dem Hintergrund der insgesamt umzusetzenden Investitionen. Hinzu kommen die aktuell explodierenden Baukosten. Das Argument der Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr mag aktuell zutreffen, ist aber im Blick auf die kommenden Jahre gleichermaßen zu berücksichtigen.

In der Gesamtschau darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass eine Erweiterung des Siegerlandmuseums nicht nur auf die Stadt Siegen, sondern auf die gesamte Region ausstrahlen wird. Daher sind der Kreis Siegen-Wittgenstein und auch sonstige Dritte, die davon profitieren, hinsichtlich einer Beteiligung an den Betriebskosten in die Verantwortung zu nehmen. Dies zu klären erfordert Zeit. Daher möchte seine Fraktion dafür werben, im Jahr 2023 einen neuen Versuch für das Projekt anzugehen.

Für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt, UWG und Linke beantragt er geheime Abstimmung.

Herr Schiltz erklärt, dass die SPD-Fraktion nach wie vor hinter dem Bunker-Projekt steht, unter der Voraussetzung, dass Fördermittel bewilligt werden. Zum einen muss die Stadt Siegen ihr kulturelles Angebote verbessern und einen attraktiven Anziehungspunkt sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Gäste schaffen. Zum anderen kann mit der neuen Nutzung und Gestaltung ein erheblicher städtebaulicher Missetand im historischen Zentrum beseitigt werden. Der Vorschlag, das Projekt zusammen mit dem Haushalt zu betrachten ist sachlich nachvollziehbar. In der vergangenen Sitzung sind aber auch die zeitlichen Probleme in Zusammenhang mit der Antragstellung deutlich geworden und haben sich bewahrheitet.

Daher ist es notwendig, heute die Förderanträge auf den Weg zu bringen, wenn das Projekt weiter verfolgt werden soll.

Die in den vergangenen Diskussionen und Medienberichten angestellten Behauptungen, ein Verzicht auf das Projekt würde die in Rede stehende Erhöhung der Grundsteuer entbehrlich machen ist falsch, da nicht unterschieden wird zwischen Investitionen und konsumtiven Ausgaben, die erst nach Fertigstellung des Vorhabens anfallen würden. Daher appelliert er, die diesbezüglich vorgebrachten Positionen zu überdenken.

Für die SPD-Fraktion beantragt er, die Alternative 2 des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung zu stellen. Ergänzend begrüßt er den Hinweis, beim Kreis und bei privaten Förderern Unterstützung zu suchen.

Für die Volt-Fraktion nimmt Herr Wittenburg Stellung und bringt zunächst seine Wertschätzung für das große Engagement für dieses Projekt zum Ausdruck. Für ihn ist es auch schwierig, die Vielfalt kultureller Angebote zu einer Kostenfrage zu machen. Die finanzielle Situation lässt aber seines Erachtens keine andere Wahl. Zurückblickend auf vergangene Entscheidungen liefen die Diskussionen und der positive Tenor aller Fraktionen zu diesem Projekt immer mit dem Untertitel der Haushaltsverträglichkeit. Diesbezüglich ist auf die nicht absehbaren Folgen der Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verweisen. Seine Fraktion steht daher Investitionen mit dauerhaften Folgekosten sehr kritisch gegenüber. In der Konsequenz wird er sich für die erste Alternative des Verwaltungsvorschlages entscheiden und geht davon aus, dass das Votum in der Haushaltsplanberatung gleichermaßen ausfallen wird.

Frau Bialowons-Sting blickt zurück auf die positive Entwicklung kultureller Projekte in den vergangenen Jahrzehnten. Aufgrund seiner Lage an der Burgstraße und der unmittelbaren Nähe zum Oberen Schloss stellt der Bunkerkomplex ein Bindeglied zwischen Markt und Nikolaikirche dar. Als Museum und digitaler Bildungsort wird das Projekt zur Attraktivität beitragen, sich positiv auf die Stadtentwicklung auswirken und Impulse für die gesamte Region Südwestfalen aussenden. Hervorzuheben ist das bisher herausragende bürgerschaftliche Engagement für die Erweiterung des Siegerlandmuseums durch den Förderverein und weitere Spenden. Daher kommt für ihre Fraktion nur die Weiterverfolgung des Projektes in Betracht. Zur Beteiligung an den Folgekosten durch den Kreis oder Dritte sowie die Generierung weiterer Einnahmen stellt sie einige Nachfragen.

Herr Fries erinnert daran, dass die Erweiterung des Siegerlandmuseums schon seit vielen Jahren notwendig und unbestritten ist. Dabei geht es nicht nur um die bauliche Erweiterung zur Präsentation der musealen Objekte. Im Vordergrund steht vielmehr die Vermittlung der eigenen regionalen Industrie- und Heimatgeschichte als einen wichtigen Baustein der Bildungs- und Infrastruktur, der kommenden Generationen als Orientierungs- und Ankerpunkt dienen soll. Die bisherigen Überlegungen zu neuen medialen Darstellungsformen, Beteiligungen und Interaktionen wurden bisher seitens der Politik positiv unterstützt. Er wirbt dafür, das Vorhaben weiterhin so zu begleiten, auch im Hinblick auf den vergleichsweise prozentual niedrigen Anteil an den Kosten für Bildung und Infrastruktur. Er ist auch überzeugt, dass durch die Erweiterung des Museums und die neuen Angebote weitere Besucherkreise erschlossen werden können. Auch andere Unterstützungsmöglichkeiten, zum Beispiel des Kreises im Rahmen der Dokumentation der Industriegeschichte sind im Gespräch. Darüber hinaus sollte das bereits vorliegende persönliche Engagement bedacht werden. Er appelliert die vielfältigen Chancen nicht aus der Hand zu geben.

Zu den Fragen von Frau Bialowons-Sting erklärt Herr Schumann, dass im Gesamtprogramm „Rund um den Siegberg“ seinerzeit beim Projektstart 2014 die energetische Sanierung des Hallenbades Löhrtor eingepreist war. Trotz der danach anderen Entscheidung des Rates konnten die Mittel im Gesamtprogramm gehalten werden und als Grundstock für das Bunkerprojekt genutzt werden. Daraus konnte der Wettbewerb und Planungsleistungen für dieses Projekt finanziert werden mit einem positiven Förderbescheid von 640.000 Euro, wovon ein Teil bereits verausgabt wurde.

Die CDU-Fraktion würde es nach Aussage von Herrn Weber sehr bedauern, wenn dieses Projekt scheitern sollte, das für Stadt Siegen, die Region und darüber hinaus eine besondere Strahlkraft entfalten kann. Besonders die aktive Erlebbarkeit der regionalen Geschichte und der Entwicklung sollen in den neuen Räumlichkeiten im Vordergrund stehen. Unbestritten müssen die Finanzierung und die Kosten solcher Projekte besprochen und abgewogen werden, jedoch sollten auch die Konsequenzen bedacht werden, wenn Modernisierung und Attraktivierung hinten angestellt werden. Nicht zu vernachlässigen ist seines Erachtens auch die städtebauliche Komponente. Zusammenfassend würde er es außerordentlich bedauern, wenn das Vorhaben nicht weiter verfolgt werden sollte, zumal die Kosten für den aktuellen Haushalt nicht entscheidend sein würden. Die Erhöhung des Grundsteuersatzes sei erforderlich, um einen ausgeglichenen Haushalt 2022 vorzulegen und weiterhin als Stadt Siegen selbst handlungsfähig zu sein und resultiere nicht aus einem Ja zu diesem Projekt. Darüber hinaus halte er es für fatal, ein im Grunde seit Jahren positiv begleitetes Projekt abzusagen, was auch auf Seiten der Fördermittelgeber Fragen aufwerfen würde.

Herr Schwarzer kann angesichts der Historie und den positiven kulturellen und städtebaulichen Aspekten das Projekt im Grunde nur unterstützen. Die AfD-Fraktion kann aber trotz allem nicht zustimmen, weil der Haushalt dies nicht zulässt. Auch die Inanspruchnahme von Zuschüssen wird von der Allgemeinheit unterstützt. Die Erhöhung der Grundsteuer dient der Haushaltssicherung, auch wenn sie nicht unmittelbar dem Projekt zuzurechnen ist. Aus Sicht seiner Fraktion genießt das Projekt eine hohe Priorität, es sind aber auch andere Maßnahmen in anderen Bereichen, die vorrangig umgesetzt werden müssen. Daher kann die AfD-Fraktion an dieser Stelle nicht zustimmen.

Frau Schneider hält fest, dass sich die Fraktion Die Linke bisher für das Bunkerprojekt ausgesprochen hat. Festzustellen ist aber auch, dass viele andere gute Ideen diskutiert und beschlossen wurden. So musste man sich zum Beispiel bei „Rund um den Siegberg“ einige Teilprojekten zurückstellen oder sich verabschieden. Bedenken hat sich, dass die Baukosten weiter steigen und bei dem Bunker-Projekt der städtische Eigenanteil zu Lasten anderer Maßnahmen aufgebracht werden muss. Dieses Risiko möchte ihre Fraktion nicht eingehen. In der Abwägung wird es einerseits Menschen geben, die eine Chance als vertan bezeichnen, andererseits wird es aber auch Menschen geben, die das Geld als „gerettet“ ansehen.

Für Herrn Heilmann ist die Formulierung betreffend den Eigenanteil und die weiterführende Argumentation, Fördergelder zurückgeben oder künftig darauf verzichten zu müssen nicht schlüssig. Im Gegensatz zu einigen Vorrednern sieht er das Projekt nicht als gescheitert an, auch wenn zu jetzigen Zeitpunkt kein positiver Durchführungsbeschluss gefasst werden soll-

te. Die Bewältigung des Corona-Schadens und die explodierenden Baukosten sollten aber derzeit im Vordergrund stehen.

Herr Bertelmann sieht in den bisherigen Wortbeiträgen eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt unverändert bestätigt. Die wirtschaftliche und sonstige Entwicklung hat jedoch die Gewichtung in den letzten Monaten hinsichtlich der Finanzierbarkeit verändert. Die Vor- und Nachteile wurden benannt und abgewogen, die Positionen benannt. Daher sieht er die Argumente ausgetauscht und keinen Fortschritt in der Diskussion. Die UWG-Fraktion wird der Variante 1 den Vorrang geben.

Für Herrn Kraft ist die Frage der Deckung der Folgekosten noch nicht hinreichend beantwortet. Derzeit stellt es sich so dar, als verbleibe der größte Teil bei der Stadt Siegen und werde überwiegend aus dem Museumsbetrieb generiert. Bezug nehmend auf die Aussagen von Herrn Fries hält er es für sinnvoll, eine Beteiligung des Kreises zu konkretisieren und diesen für das Siegerlandmuseum in die Verantwortung zu nehmen. Der bisherige Spendenanteil Dritter ist sehr bemerkenswert und belegt eindrucksvoll den Stellenwert des Projektes. Auch in dieser Hinsicht hält er es für zielführend, für eine noch breitere Öffentlichkeitsbeteiligung zu werben, bevor es zu einer Ablehnung kommt.

Herr Walter bestätigt noch einmal für die FDP-Fraktion die grundsätzliche Befürwortung des Projektes. Seine Fraktion sieht jedoch die hohen Folgekosten kritisch. In der Öffentlichkeit wird zudem die in Rede stehende Erhöhung der Grundsteuer B mit dem Projekt in Zusammenhang gesehen.

Herr Rujanski macht deutlich, dass für die SPD-Fraktion zunächst eine Zu- oder Absage von Fördermitteln maßgeblich ist. Erst dann sollte in Kenntnis der vorliegenden Daten die Umsetzung des Projektes diskutiert werden.

Es erfolgt jeweils eine geheime Abstimmung über die Verwaltungsvorschläge getrennt nach Ziffer 1 und 2 der Vorlage.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Entscheidung über die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum wird bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2022 vertagt.

Die Verwaltung wird angewiesen, die für das Jahr 2022 gestellten Förderanträge bei Land und Bund zurückzuziehen.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 35 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

a) die Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage 559/2021 aus der Sitzung vom 22.12.2021

und

b) die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum unter dem Vorbehalt der Förderung und bestätigt die Mittelbereitstellung des Eigenanteils in Höhe von 3 Mio. €.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 31 dagegen, 2 Enthaltungen

11. Rat 12.01.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	28.12.2021
Federführend	GB 5, Abt. 5/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat **12.01.2022**

Ausschuss für Schule und Bildung **25.01.2022**

Betreff:

Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen
Antrag der FDP-Fraktion

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Rathaus Markt 2
57072 Siegen

Siegen, 28.12.2021

Antrag gem. § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 12.1.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
zur Ratssitzung am 12.1.2022 stellen wir folgenden Antrag:

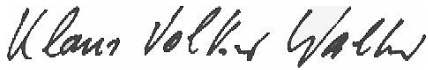
Die Verwaltung wird aufgefordert,

- für Fall von coronabedingten Schulschließungen die Vorkehrungen zu treffen, dass gerade sozial schwächere Schüler aufgefangen werden. Dazu sind Schulen, freie Träger, private Initiativen und ähnliche Institutionen anzusprechen, die gerade schwächeren Schülern Stützunterricht oder unterrichtsbegleitende Hilfen anbieten.
- kurzfristig mögliche Fördergeber anzusprechen, um diese Angebote zu realisieren
- ein Konzept zu entwickeln, mit dem dieser Förderunterricht coronagerecht umgesetzt werden kann
- die Vorkehrungen zu treffen, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Kreises oder anderen Trägern zugleich Impfangebote zu machen.

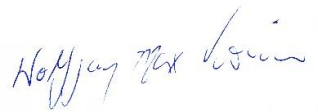
Begründung:

Gerade Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien sind bisher in der Corona-Pandemie die Leidtragenden gewesen. Eine mögliche neue Schulschließung, vor der die Lehrerverbände derzeit dringend warnen, könnte die dramatischen Folgen für diese Gruppe noch weiter verschärfen. Insofern müssen die Schulen und die Betroffenen in die Lage versetzt werden, diese Ausfälle coronagerecht kompensieren zu können.

Für den glücklichen Fall, dass es nicht zu Schulschließungen kommt, können die Bemühungen der Verwaltung genutzt werden, um dennoch diesen Gruppen in Zusammenarbeit mit den Schulen begleitende Angebote zu machen.



Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Könen
stv. Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	28.12.2021
Federführend	GB 5, Abt. 5/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

12.01.2022

Betreff:

Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen

Antrag der FDP-Fraktion

Stellungnahme der Verwaltung:

Die letzten pandemiebedingten Schulschließungen, die rechtlich gesehen eine Aussetzung des Präsenzunterrichtes waren, wurden von Wechsel-, Hybrid- und Distanzunterricht begleitet.

Sollte es entgegen der derzeit gültigen Erlass- und Verordnungslage und den politischen Absichtserklärungen in den kommenden Wochen zu einer Aussetzung oder Reduzierung des Präsenzunterrichtes kommen, ist gleichermaßen davon auszugehen, dass es Unterricht in einer der genannten Formen geben kann.

Pandemiezeiten mit striktem Distanzunterricht bedeuteten in der Vergangenheit in der Regel parallel Einschränkungen für die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Auch zukünftig dürfte sich die Durchführung von Gruppenangeboten z.B. in den städtischen Kinder- und Jugendtreffs bei zeitgleicher Verordnung von Distanzunterricht ausschließen. Hier gilt es die jeweils geltenden Schutz- und Betreuungsverordnungen abzuwarten. Im Rahmen der gel-

tenden Erlass- und Verordnungslage hat und wird die Stadt Siegen alle Möglichkeiten nutzen, um Kinder, Jugendliche und Familien zu unterstützen.

Als Beispiele für diese unterstützenden Angebote während der Einschränkung des Präsenzunterrichtes mit den damit einhergehenden Einschränkungen in der Kinder- und Jugendarbeit im vergangenen Jahr können genannt werden:

- Corona-konforme Angebote in kleinen Gruppen (max. 5 Kinder) gemäß Corona-schutzverordnung (außerschulische Bildung)
- Notbetreuung im Rahmen der Schulbetreuung in Grundschulen und „erweiterte Betreuung“ (Teilnahme am Distanzunterricht im KJT)
- Unterstützung beim Lernen auf Distanz für Jugendliche
- diverse digitale Angebote für Kinder und Jugendliche
- in Krisenfällen: Beratung und Unterstützung als 1:1 Betreuung
- telefonische Beratung von Eltern
- Ausleihe von Spielen, Büchern etc., „TO – GO“ – Kreativmaterial
- Aufsuchende Arbeit im Sozialraum

Hinsichtlich der Zuständig- und Verantwortlichkeit wird erneut darauf hingewiesen, dass nach § 3 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG) die Schulen den Unterricht, die Erziehung und das Schulleben im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften in eigener Verantwortung gestalten. Sie verwalten und organisieren ihre inneren Angelegenheiten selbstständig. Die Schulaufsichtsbehörden sind verpflichtet, die Schulen in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu beraten und zu unterstützen.

Auf der Grundlage ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags legen die Schulen die besonderen Ziele, Schwerpunkte und Organisationsformen ihrer pädagogischen Arbeit in einem Schulprogramm fest und schreiben es regelmäßig fort.

Insofern gehören die Gestaltung von Unterricht (hier: Präsenz- und Distanzunterricht), wie auch gezielter Förderunterricht der Schulen und der Einsatz von digitalen Medien bzw. mobilen Endgeräten im und für den Unterricht zu den inneren Schulangelegenheiten, so dass der Schulträger unterstützend, jedoch nicht verantwortlich tätig wird.

Unterstützungen, die der Schulträger im Rahmen der Pandemie neben seinen eigentlichen Aufgaben in der Vergangenheit gegeben hat und auch aktuell gibt, sind insbesondere die Beschaffung und Bereitstellung mobiler Endgeräte sowie die Abwicklung des Aktionsprogrammes „Ankommen und Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“.

An dieser Stelle wird auch noch einmal darauf verwiesen, dass die Verwaltung in jeder Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung und der weiteren betroffenen Fachausschüsse zu den jeweils geltenden Regelungen und Schutzmaßnahmen, der Umsetzung in den Schulen und der Kinder- und Jugendarbeit und den Unterstützungsangeboten der Stadt Siegen als Schul- und Jugendhilfeträger berichtet:

- **Mobile Endgeräte**

Entsprechend der Förderrichtlinie wurden mittlerweile insgesamt 1.427 Geräte für die Schülerinnen und Schüler beschafft.

Die bedarfsgerechte Verteilung der Geräte obliegt den Schulträgern. Die beschafften mobilen Endgeräte sind Leihgeräte im Eigentum des Schulträgers und können – je nach Bedarf – ausgegeben oder im Regelschulbetrieb eingesetzt werden.

Ein Rechtsanspruch auf eine Ausleihe für Schülerinnen und Schüler besteht nicht. Die mobilen Endgeräte werden Schülerinnen und Schülern in Pandemiezeiten und dem damit verbundenen Distanzunterricht oder gegebenenfalls angeordneten Quarantänen ausgeliehen. Nach Überwindung der Krisensituation sollen die Geräte für unterrichtliche Zwecke im Regelschulbetrieb verwendet werden.

Bei einer Verteilung der Geräte nach Bedürftigkeit und Schülerzahl hätte die Bandbreite 6 bis 145 Endgeräte je Schule betragen. Mit Blick auf die Nutzung im Unterricht erfolgte eine Abstimmung mit den Schulleitungen, die vorsah, Klassensätze zu bilden. Grundschulen erhielten somit eine Mindestausstattung von 30 Tablets.

Die Erstellung von Konzepten zum Einsatz der Geräte als auch von Kriterien für die Verteilung an einzelne Schülerinnen und Schüler wird durch die Schulen vorgenommen.

Des Weiteren wurden 1.007 Lehrerendgeräte beschafft.

Neben dem o.g. Sofortausstattungsprogramm hat das Land Nordrhein-Westfalen REACT-EU-Mittel für die digitale Transformation zur Verfügung gestellt, um die Schülerinnen und Schüler von Schulen an sozial benachteiligten Standorten digital auszustatten. Ferner werden Zuwendungen für die digitale Ausstattung der Schülerinnen und Schüler von Förderschulen und Schulen an sozial benachteiligten Standorten in Nordrhein-Westfalen seitens des Landes gewährt. Über beide Förderprogramme sollen insgesamt 675 mobile Endgeräte (Tablets inkl. Tastatur und Hülle) an die Schülerinnen und Schüler der Achenbacher Schule, Pestalozzischule und des Weiterbildungskolleg der Stadt Siegen ausgeliehen werden. Die Auswahl dieser Schulen erfolgte landesseitig.

- **„Ankommen und Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“**

Das Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ besteht im Schulbereich aus vier Fördersäulen („Extra-Personal“, „Extra-Blick“, „Extra-Zeit“ und „Extra-Geld“).

So sollen Schulen mit dem Programm „Extra-Personal“ in Abstimmung mit der Schulaufsicht befristet zusätzliches Personal einstellen können. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler beim Aufholen pandemiebedingter Lernrückstände zu unterstützen.

Für „Extra-Blick“ stellt das Land ein Online-Angebot für fachliche und überfachliche Diagnose und Förderung zur Verfügung. Die Lernentwicklungen jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen sollen in den Blick genommen werden.

In „Extra-Zeit“ steht Geld für außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote bereit, um so möglichst die Auswirkungen der Pandemie auf die Lernentwicklungen der Schülerinnen und Schüler abzufedern.

Im Schuljahr 2020/2021 wurden von der Verwaltung für sechs städtische Schulen Förderanträge aus „Extra-Zeit“ gestellt. Es wurden teils mehrere Gruppen über verschiedene Zeiträume hinweg angeboten. Für das aktuelle Schuljahr 2021/2022 konnten bereits für fünf Schulen Förderanträge aus diesem Programm gestellt werden. Weitere Angebote konnten in Kooperation mit der Universität Siegen und den städtischen Kinder- und Jugendtreffs durchgeführt werden.

Mit der Maßnahme „Extra-Geld“ erhalten die kommunalen Schulträger Budgets als fachbezogene Pauschalen. Ziel ist es, die Schulen vor Ort konkret darin zu unterstützen, pandemiebedingte Defizite auszugleichen. Die Träger von Ersatzschulen erhalten diese Budgets über die Stadt oder Gemeinde ihres Schulstandorts, welche die hierfür vom Land zugewiesenen Mittel an sie weiterreichen.

„Extra-Geld“ wiederum unterteilt sich in die Bereiche Schulbudgets, Bildungsgutscheine und Schulträgerbudget. Mit den Schulbudgets sollen die Schulen schulbezogene Maßnahmen zur Beseitigung der pandemiebedingten Defizite umsetzen können. Die Bildungsgutscheine sollen es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, über externe Bildungsanbieter eine individuelle Förderung zusätzlich zur schulischen und sonstigen bereitgestellten Förderung zu erhalten. Die Schulträgerbudgets sind zur Unterstützung der Schule von Ort und sollen der Sicherung und Schaffung gegebenenfalls auch schulübergreifender regionaler Angebote zur Beseitigung von Lernrückständen in Kooperation mit externen Bildungsanbietern dienen.

Im Zusammenhang mit dem Schulträgerbudget hat die Verwaltung in Abstimmung mit den Schulleitungen von der Möglichkeit der Verringerung dieses Budgets zugunsten der anderen beiden Budgets Gebrauch gemacht und die Schulbudgets der einzelnen Schulen entsprechend erhöht. So können die Schulen, welche – im Gegensatz zum Schulträger – die einzelnen Schülerinnen und Schüler und deren Lernstände sowie -rückstände im Blick haben, diesen mit entsprechenden Maßnahmen begegnen.

Bislang wurden von den Schulen Mittel in Höhe von rund 6,6 % der Gesamtförderung aus „Extra-Geld“ verwendet. Die niedrige Verwendung lässt sich u.a. mit den pandemiebedingten Ausfällen der von den Schulen geplanten Veranstaltungen und Besuchen außerschulischer Lernorte erklären. Ferner wurde für die Bildungsgutscheine seitens des Landes festgelegt, dass diese ausschließlich bei zugelassenen Bildungsanbietern eingelöst werden können. Eine Auflistung der zugelassenen Bildungsanbieter liegt seit Mitte / Ende Dezember 2021 vor. Die Ausgabe von Bildungsgutscheinen kann demnach im neuen Jahr 2022 durch die Lehrkräfte erfolgen.

Die Stadt Siegen hat als Schulträger die Umsetzung der vom Ministerium für Schule und Bildung NRW gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Städtetag NRW, Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW in Abstimmung mit dem Ministerium für

Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW und der Unfallkasse NRW gegebenen Hinweise und Verhaltensempfehlungen für den Infektionsschutz an Schulen in Zusammenhang mit Covid-19, die für die Schulen in NRW gelten und wenn erforderlich aktualisiert und angepasst wurden und werden, intensiv betrieben.

Daneben gab und gibt es regelmäßigen und anlassbezogenen Kontakt und Austausch mit dem Gesundheitsamt des Kreises Siegen-Wittgenstein. Hierzu zählt auch, dass je nach Erlasslage Möglichkeiten für Impfungen und Impfkationen angeboten wurden. Hierbei werden neben der Initiative durch die Stadtverwaltung selbstverständlich die Schulen auch unterstützt. So wird in diesen Tagen außerhalb der Unterrichtszeit parallel zu den Betreuungszeiten die Möglichkeit zur Impfung an einer Siegener Grundschule angeboten.

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Rathaus Markt 2
57072 Siegen

Siegen, 28.12.2021

Antrag gem. § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 12.1.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
zur Ratssitzung am 12.1.2022 stellen wir folgenden Antrag:

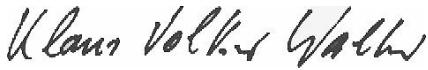
Die Verwaltung wird aufgefordert,

- für Fall von coronabedingten Schulschließungen die Vorkehrungen zu treffen, dass gerade sozial schwächere Schüler aufgefangen werden. Dazu sind Schulen, freie Träger, private Initiativen und ähnliche Institutionen anzusprechen, die gerade schwächeren Schülern Stützunterricht oder unterrichtsbegleitende Hilfen anbieten.
- kurzfristig mögliche Fördergeber anzusprechen, um diese Angebote zu realisieren
- ein Konzept zu entwickeln, mit dem dieser Förderunterricht coronagerecht umgesetzt werden kann
- die Vorkehrungen zu treffen, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Kreises oder anderen Trägern zugleich Impfangebote zu machen.

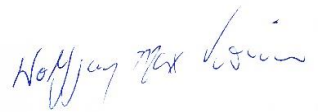
Begründung:

Gerade Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien sind bisher in der Corona-Pandemie die Leidtragenden gewesen. Eine mögliche neue Schulschließung, vor der die Lehrerverbände derzeit dringend warnen, könnte die dramatischen Folgen für diese Gruppe noch weiter verschärfen. Insofern müssen die Schulen und die Betroffenen in die Lage versetzt werden, diese Ausfälle coronagerecht kompensieren zu können.

Für den glücklichen Fall, dass es nicht zu Schulschließungen kommt, können die Bemühungen der Verwaltung genutzt werden, um dennoch diesen Gruppen in Zusammenarbeit mit den Schulen begleitende Angebote zu machen.



Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Könen
stv. Fraktionsvorsitzender

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: II und IV

Siegen, 04.01.2021

Bereich: Stadtentwicklung/Kultur

Bearbeitet von: Marlene Krippendorf, Philipp Springmann, Astrid Schneider

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

12.01.2022

Kurzbezeichnung:

Durchführungsbeschluss für die Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

als Alternative 1 die Entscheidung über die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum wird bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2022 vertagt. Die Verwaltung wird angewiesen, die für das Jahr 2022 gestellten Förderanträge bei Land und Bund zurückzuziehen.

als Alternative 2

- a) die Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage 559/2021 aus der Sitzung vom 22.12.2021 und die
- b) Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum unter dem Vorbehalt der Förderung und bestätigt die Mittelbereitstellung des Eigenanteils in Höhe von 3 Mio. €.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der durch den Beschluss vom 22.12.2021 entstandenen Situation sich widersprechender Ratsbeschlüsse muss eine Klarstellung erfolgen, damit die Verwaltung in die Lage versetzt wird, die Entscheidungen des Rates korrekt umzusetzen.

Im Hinblick auf den für die Beantragung von Fördermitteln notwendigen Durchführungsbeschluss zur Sanierung des Bunkers Burgstraße/Erweiterung des Siegerlandmuseums hat der Rat der Stadt Siegen am 22.12.2021 folgendes beschlossen:

„Die Entscheidung über die Durchführung der Maßnahme Bunker Burgstraße/Erweiterung Siegerlandmuseum unter dem Vorbehalt der Förderung und der Mittelbereitstellung des Eigenanteils in Höhe von 3 Mio. € wird bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2022 vertagt.“

Demgegenüber stehen die Beschlüsse vom 21.11.2018, 26.8.2020 und zuletzt vom 23.6.2021. Noch am 23.06.2021 hat der Rat einstimmig die Verwaltung beauftragt, das Projekt umzusetzen und die entsprechenden Förderanträge zu stellen. Wörtlich:

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projekts „Zeit.Raum.Region. Das Neue Siegerlandmuseum“ auf der Basis des vorliegenden inhaltlichen und baulichen Konzepts und der darauf aufbauenden Kostenprognose. Der Umsetzungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zuschussgewährung durch Dritte.

Die jetzige Beschlusslage auf Basis der Entscheidung vom 22.12.2021, erst im Rahmen der Haushaltsplanberatung den Durchführungsbeschluss zu fassen, würde dazu führen, dass die bereits eingereichten Förderanträge nicht zu halten sind und der Umsetzungsbeschluss vom 23.6.2021 nicht ausgeführt werden kann. Wie schon ausgeführt ist zwingende Voraussetzung, dass die Förderanträge für die beiden Förderzugänge

- Städtebauförderung des Landes NRW und
- Nationale Projekte des Städtebaus,

die auf der Basis der o.g. vorliegenden Beschlüsse und Beauftragung des Rates der Stadt Siegen gestellt worden sind, mit einem Durchführungsbeschluss versehen werden. Die Fristen für die Nachsendung der Ratsbeschlüsse laufen bis zum 15.1.2022. Eine spätere Versendung ist nicht möglich, da die Prüfung der Antragsstellung im Förderzugang „Nationale Projekte des Städtebaus“ gemäß dem nachfolgenden Zeitplan erfolgt. Ohne politische Legitimation würde die Prüfung den Antrag als unvollständig bewerten müssen, was zum Ausschluss führen würde. Nach jetziger Beschlussfassung müsste die Stadt Siegen den Antrag initiativ zurückziehen, um auch für zukünftige Projekte glaubwürdig zu bleiben.

Es liegen damit 2 sich widersprechende Ratsbeschlüsse vor, so dass nun kurzfristig klarstellend die weitere Vorgehensweise beschlossen werden muss.

Bisherige Gremienbeteiligung und Beschlüsse seit 26.8.2020

In der folgenden Aufzählung werden insbesondere die Beschlüsse und die in verschiedenen politischen Gremien kommunizierten Berichte zum weiteren Vorgehen der vergangenen Monate erläutert:

- Am 26.8.2020 fasste der Rat den Durchführungsbeschluss für das Projekt auf der Basis der damals noch leicht abweichenden Konzeption.
- Nachdem die gestellten Förderanträge im Frühjahr 2021 nicht bewilligt wurden, beauftragte der Rat mit Grundsatzbeschluss vom 23.6.2021 die Verwaltung, unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Zuschüsse durch Dritte gewährt werden, das Projekt umzusetzen und entsprechende Förderanträge zu stellen. In der Vorlage

407/ 2021 wurden detailliert die Investitionskosten, laufenden Kosten und Personalbedarfe aufgeführt.

- Im September 2021 wurden der Arbeitskreis Stadtentwicklung, der Stadtentwicklungsausschuss und der Bauausschuss ausführlich über die geänderte Förderstrategie und das neue leicht geänderte Gesamtkonzept informiert.
- Der Durchführungsbeschluss für die neuen Förderanträge 2022 wird vom Bauausschuss am 8. Dezember empfohlen, im Haupt und Finanzausschuss aufgrund von Rückfragen zur Neukonzeption bis zum Rat geschoben und vom Rat in die Haushaltsplanberatungen im März 2022 geschoben.
- Parallel dazu hat der Förderverein des Museums zwischenzeitlich bei 40 Spendern rund 1,7 Millionen € einwerben können, um, zusammen mit einem 300.000 €-Zuschuss des Kreises Siegen-Wittgenstein, den städtischen Eigenanteil wie vom Rat beschlossen auf 3 Millionen € senken zu können.

Parallel dazu hat die Stadt Siegen sich mit der Maßnahme als Regionale-Projekt 2025 beworben. Im Rahmen der Qualifizierung wurde Ende 2020 bereits der 2. Stern vergeben, sodass nach Sicherstellung der Finanzierung die Bewerbung um den 3. Stern angegangen werden soll. Ob eine Förderung bei diesem Investitionsvolumen außerhalb der „Regionale“ gute Erfolgsaussichten hat, ist ungewiss.

Förderstrategie und Konzeption

Die Antragstellung in 2020 setzte auf eine alternative Förderung für das Gesamtprojekt, basierend auf dem Siegerentwurf des hochbaulichen Wettbewerbs. Nachdem im Frühjahr 2020 feststand, dass beide gestellten Förderanträge (Städtebauförderung und Nationale Projekte des Städtebaus, siehe dazu VL 3084/2020) nicht bewilligt werden, fanden Abstimmungen mit der Bezirksregierung Arnsberg, der Südwestfalenagentur und auch dem MHKBG bezüglich einer Neuausrichtung der Antragstellung statt.

Zielrichtung der neuen Antragstrategie sollte demnach sein, die Gesamtkosten je Fördermitelgeberin deutlich zu reduzieren und dabei dennoch ein tragfähiges Gesamtkonzept für beide Bunker vorzulegen, welches stringenter auf die Kriterien beider Förderzugänge zugeschnitten ist und sich auch abrechnungstechnisch eindeutig zuordnen lässt. Mittel für eine Museumsnutzung können neuerdings nicht über die Städtebauförderung gewährt werden, hier stehen Gemeinbedarfsflächen im Fokus der Förderkriterien. Die Mittel für die musealen Flächen sollen demnach über den Strang „Nationale Projekte des Städtebaus“ beantragt werden.

In der folgenden Gegenüberstellung der Kernelemente des Bau- und Nutzungskonzepts aus 2020 und 2021 wird deutlich, dass die Unterschiede und Änderungen nur sehr geringfügig sind, dennoch damit jedoch die geforderte Zielstellung einer klaren Zuordnung auf die Förderzugänge erreicht werden kann.

Kernelemente Bau- und Nutzungskonzept	
2020	2021
<p>Das Bau- und Nutzungskonzept 2020 ergibt sich aus dem Siegerentwurf des hochbaulichen Realisierungswettbewerbs, welcher die beiden Bunkerteile in ihrer Nutzung als ein Gebäude betrachtet und dafür eine unterirdische Verbindung vorsieht. Der Eingangsbereich für das gesamte Ensemble ist im kleinen Bunker vorgesehen.</p> <p>Großer Bunker:</p> <ul style="list-style-type: none"> Entkernung und Einzug einer neuen Geschossdecke Aufbau eines neuen Dachgeschosses 3 Geschosse mit Museumsflächen - Stadt- und Regionalgeschichte im UG - Wirtschafts- und Industriegeschichte im OG - Sonderausstellungen im DG <p>Kleiner Bunker:</p> <ul style="list-style-type: none"> Teilweise Entkernung Gastronomie und Eingang ins gesamte Museum im EG, Verbindung zum großen Bunker über „Tunnel“ im UG Aufbau eines neuen Dachgeschosses Lehr- und Lernwerkstatt im OG sowie Multifunktionsraum im DG 	<p>Das Bau- und Nutzungskonzept 2021 ergibt sich aus den Abstimmungen mit den Fördermittelbehörden, nach Nicht-Bewilligung der Förderanträge aus 2020. Das Konzept sieht eine klare Aufteilung/Trennung der beiden Bunkerteile vor, die mit der Errichtung eines neuen oberirdischen Verbindungsbauwerks unabhängig voneinander erschlossen werden können.</p> <p>Großer Bunker:</p> <ul style="list-style-type: none"> Entkernung und Einzug einer neuen Geschossdecke Aufbau eines neuen Dachgeschosses 2,5 Geschosse mit Museumsflächen - Stadt- und Regionalgeschichte, Wirtschafts- und Industriegeschichte sowie Sonderausstellungen im UG und OG - „Observatorium“ (auch Museumsfläche) und Gastronomie im DG Eigener Eingang über Verbindungsbau <p>Kleiner Bunker:</p> <ul style="list-style-type: none"> Teilweise Entkernung Lehr- und Lernwerkstatt im EG sowie Multifunktionsraum im OG Eigener Eingang über Verbindungsbau
<p>Förderstrategie:</p> <p>Beide Bunkerteile sollten als Variante A über „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert werden, und nur bei einer Nicht-Bewilligung - als Variante B - über die Städtebauförderung und das bestehende Programm „Rund um den Siegberg“.</p>	<p>Förderstrategie:</p> <p>Der große Bunker (Museum) soll über „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert werden und der kleine Bunker (Gemeinbedarf) über die Städtebauförderung und das bestehende Programm „Rund um den Siegberg“.</p>

Neuerungen/Unterschiede

Der entscheidende Unterschied von 2020 auf 2021 ist die Errichtung des oberirdischen Verbindungsbauwerks zur unabhängigen Erschließung beider Bunkerteile, anstelle einer unterirdischen Verbindung zwischen dem kleinen und dem den großen Bunker. Dadurch entfällt in beiden Bunkern jeweils ein Rettungsweg (Treppenhaus), wodurch mehr Nutzfläche verbleibt. Darüber hinaus entfällt der Dachaufbau beim kleinen Bunker.

Durch diese neue Eingangssituation gelingt es, beide Bunker separat von einander zu bespielen und eindeutig den beiden genannten Förderzugängen zuzuordnen sowie im Bedarfsfall eine gemeinsame Nutzung zu ermöglichen.

Chancen für das „neue“ Siegerlandmuseum

Die Umsetzung der neuen Nutzungs- und Umgestaltungsplanung für die Bunker bietet die einmalige Chance zur Schaffung eines neuen Identifikations-, Bildungs-, Begegnungs-, Erinnerungs- und Lernortes.

Aufgrund seiner Nähe zum Oberen Schloss und seiner Lage an der Burgstraße stellt der Bunkerkomplex ein Bindeglied zwischen Oberem Schloss mit Schlosspark und dem Bereich Markt/Fissmer-Anlage mit Rathaus und Nikolaikirche dar. Als Museum und digitaler Bildungsort, als Magnet für Touristen, als Arbeits- und Aufenthaltsort für die Siegener Bevölkerung gewinnt der Bunker eine neue Bedeutung für die Stadtgesellschaft. Es werden neue Impulse für die Stadt, den Kreis und darüber hinaus für die gesamte Region Südwestfalen ausgehen.

Der Stellenwert der Bunker als Zeugnis der Zeitgeschichte soll durch die neue Nutzung akzentuiert und deutlich im Bewusstsein der Stadtgesellschaft verankert werden. Gegenstand des Nutzungskonzepts ist, dass der Multifunktionsraum („Black Box“) und die Lern- und Lehrwerkstatt („Zukunftswerkstatt“) im kleinen Bunker außerhalb der Öffnungszeiten des Museums benutzt werden können, wodurch sie zusammen mit der öffentlichen Nutzbarkeit des Außenbereichs als neuer Quartierstreffpunkt in der Siegener Oberstadt dienen werden.

Die Erweiterung des Siegerlandmuseums im großen Bunker soll neben Bereichen für Stadt- und Regionalgeschichte und für Wirtschafts- und Industriegeschichte der Region einen Bereich für Wechselausstellungen aufnehmen. Neben klassischen musealen Vermittlungsmethoden setzt das Neue Siegerlandmuseum auf innovative digitale Vermittlungsmethoden in den Ausstellungen, die sowohl der Veranschaulichung der Themenbereiche des Museums als auch der Vermittlung technischer und methodischer Fertigkeiten dienen.

Innovationspotenzial

Erstmals entsteht ein zentraler Ort für die Darstellung der Wirtschafts- und Industriegeschichte der Region Siegen Wittgenstein, die lange vor dem Ruhrgebiet von Eisen und Stahl geprägt war, viele ihrer Zeugnisse jedoch verloren oder auch verloren gegeben hat.

Erstmals wird der Netzwerkgedanke zwischen einem zentralen Ort im städtischen Umfeld und vielen verstreuten, meist ehrenamtlich betriebenen Erinnerungsstätten konsequent in den Kernbestand des Museumskonzepts aufgenommen und realisiert.

Erstmals arbeiten die Universität Siegen und andere, überregionale Forschungseinrichtungen vom ersten Federstrich an und auf Dauer angelegt bei der Konzeption und Umsetzung des Siegerlandmuseums in technischer, aber auch in pädagogischer Hinsicht mit.

Erstmals unternimmt es ein Museum in der Größenordnung des Siegerlandmuseums und mit dessen Ausrichtung, digitale Vermittlungsinstrumente nicht nur einzukaufen und zu installieren, sondern diese unter Einsatz eigener Spezialisten zu entwickeln.

Stärker denn je kooperiert das Siegerlandmuseum mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und dem LWL, um die modellhaften Entwicklungen, insbesondere im technischen und pädagogischen Bereich, im regionalen Verbund für andere Häuser nutzbar zu machen.

Innovationspotenzial hat das Projekt darüber hinaus durch seine zukunftsorientierte Definition als Lehr-, Lern- und Begegnungsort für die Stadtgesellschaft. Zu diesem neuen Selbstverständnis gehört auch die Partizipation als dauerhaftes Gestaltungselement, das Nähe und Relevanz des Ausstellungsprogramms herstellt.

Unbegrenztes Innovationspotential steckt schließlich in der digitalen Vermittlung der Bildungsinhalte, die sich dem Rezipienten anpasst und ein ebenso individuelles wie nachhaltiges Bildungserlebnis ermöglicht.

Finanzielle Auswirkungen

Vor dem Hintergrund, dass das Museum frühestens im Jahr 2026 öffnen wird, erfolgt eine Belastung des Ergebnisses im Wesentlichen auch erst ab dem Jahr 2026. In Vorbereitung auf eine Eröffnung im Jahr 2026 oder 2027 müssten allerdings die Stellen Kurator/Kuratorin, Museumspädagoge/Museumspädagogin, Mitarbeiter/Mitarbeiterin Kommunikation und Digitalmanager/Digitalmanagerin bereits zuvor spätestens im Jahr 2025 besetzt werden. Eine Belastung des Ergebnisplans 2022, der auch so schon mehr als auf Kante genäht ist, fällt allerdings nicht an.

Die laufenden Kosten für den Museumsbetrieb sind insofern weder ursächlich, noch haben sie einen Einfluss auf die von der Verwaltung für 2022 vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B.

Allerdings ist es unstrittig, dass die Museumserweiterung erhebliche Folgekosten ab voraussichtlicher Inbetriebnahme 2026/2027 nach sich ziehen wird, die wie folgt auf der Basis der Vorlage vom 23.6.2021 nach heutigen Kosten aufgeschlüsselt werden:

Position (voraussichtlich)	Betrag
Personalkosten*	630.000 €
Bauunterhaltung	50.000 €
Bewirtschaftungskosten	80.000 €
Museumsbetrieb**	50.000 €
Abschreibungen/Finanzierungskosten	135.000 €
Gesamt	945.000 €

** Hinsichtlich der Personalaufwendungen ist festzuhalten, dass ohnehin eine Neuausrichtung des Museums im Sinne einer Digitalisierungsstrategie erfolgen soll, so dass Personalkosten in Höhe von 160.000 Euro auch ohne die Umsetzung des Projektes anfallen würden.*

*** Mithilfe von Sponsoringeinnahmen wie auch Eintrittsgeldern erfolgen Mehreinnahmen, die für den Museums- bzw. Ausstellungsbetrieb eingesetzt werden.*

Die Position „Abschreibung“ ist schwer zu ermitteln. Die „Netto“-Abschreibung bemisst sich letztlich anhand der Höhe des Stadtanteils sowie der Nutzungsdauer. Die Nutzungsdauer ist maximal grob zu schätzen. Ein vorhandener Bunker wird umgebaut/saniert. Zudem werden ebenfalls Ausstattungsgegenstände gekauft.

Geht man von einem wie auch immer zu deckelnden Stadtanteil von 3 Mio. € und einer mittleren ND von 40 Jahren aus, beträgt die Abschreibung rd. 75 T€. Hinzuzurechnen wären kalkulatorische Zinsen. Das mittelfristige Zinsniveau liegt derzeit bei 0,2 bis 0,4 v.H. Die erforderlichen Kredite werden wohl erst ab dem Jahr 2024 aufzunehmen sein. Wie sich die Zinsen bis dahin entwickeln, bleibt abzuwarten. Am „langen Ende“ wird derzeit ein Zins von 1,2 v.H. aufgerufen. Insofern sollte seriöser Weise ein kalkulatorischer Zins von 2 % unterstellt werden. Dies würde bedeuten, dass die kalkulatorischen Zinsen für das Projekt rd. 60 T€ betragen.

Im Lichte der aktuellen Finanzplanung wird im Übrigen auf die Stellungnahmen des Kämmers zu den Vorlagen 559/2021, 3084/2020 und 3086/2020 verwiesen. Der städtische Eigenanteil an den Investitionskosten von 3 Millionen € ist auch im Hinblick auf die normalen Kostensteigerungen, die sich im Laufe der nächsten Jahre ergeben können, als auch im Hinblick auf Unvorhersehbarkeiten bei einem solchen Bauwerk durchaus risikobehaftet und nur mit zusätzlicher Kreditaufnahme zu finanzieren, die den Ergebnisplan mit dem dann geltenden Zinsniveau belastet. Entsprechend steigen auch die vorzunehmenden Abschreibungen.

Finanzielle Auswirkungen ja nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
15.220.111 €	945.000	Max. 3.000.000 €	12.349.831 €	ist erfolgt. ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

im Finanzplan	im Ergebnisplan	Nein	Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode H090201150 H090201160 A090201153 Sachkonto 7851000, 7851100, 5291800

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
Nein Ja, positiv Ja, negativ Prüfbedarf	erhebliche Reduktion geringe Reduktion geringe Erhöhung erhebliche Erhöhung	Ja Nein Unbekannt	Nein Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Antragstellung löst zunächst keine Klimarelevanz aus. Sollte die Baumaßnahme zur Umsetzung kommen, werden durch die Bauaktivitäten bedingte Auswirkungen ausgelöst. Gleichzeitig wird aber eine marode, leerstehende und nicht nutzbare Bestandsimmobilie einer Nachnutzung zugeführt und entsprechend zeitgemäßer energetischer Anforderungen in Abwägung mit den Denkmalschutzbelangen umgebaut und wieder nutzbar gemacht.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.V.

gez.

Arne Fries
StadtratHenrik Schumann
StadtbauratWolfgang Cavelius
Stadtkämmerer

gesehen:

Steffen Mues

Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.